

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Armut und soziale Ungleichheit – das Haupthindernis auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit

Vortrag im Rahmen der Tagung "Zeit für (jetzt aber wirklich endlich mehr) Chancen.Bildung"

am 3. März 2023 in der Französischen Friedrichstadtkirche, Berlin

(Prof. Dr. Butterwegge hat frei gesprochen, daher entspricht die Schriftfassung nicht dem mündlichen Vortrag.)

Wenn es im vermeintlichen Land der Dichter und Denker um Armut und soziale Ungleichheit geht, fungiert Bildung fast immer als politisch-ideologischer Kristallisationspunkt. Sowohl hinsichtlich der Entstehungsursachen wie auch in Bezug auf die Beseitigung, Verringerung bzw. Verhinderung von (Kinder-)Armut spielt Bildung im öffentlichen Diskurs seit jeher eine Schlüsselrolle. Sie gilt als Wunderwaffe im Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit. Wenn die Bundesregierung den Kindern aus finanzschwachen Familien im Rahmen ihrer Qualifizierungsoffensive einen „Aufstieg durch Bildung“ verspricht, vertauscht sie allerdings Ursache und Wirkung. Extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die auf den Einfluss des Neoliberalismus und von ihm durchgesetzte oder beeinflusste Reformen zurückgehen, sind das Haupthindernis auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Bildung in der Klassengesellschaft: Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg ...

Wer glaubt, dass es Klassen nur in der Schule gibt, wird eines Schlechteren belehrt, wenn er die unterschiedlichen Lebenswelten von Mitgliedern der jungen Generation betrachtet: Da existieren Kinder, denen es an nichts fehlt, was ihre Ausstattung mit prestigeträchtigen Konsumartikeln, modischer Kleidung und eigenem Taschengeld betrifft, genauso wie Kinder, die ohne Pausenbrot zur Schule kommen, aus ihren Schuhen herausgewachsen sind und kaum das Allernötigste haben.

Die ungleiche Verteilung der materiellen Ressourcen schafft auch unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten im Hinblick auf Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, zumal diese im Rahmen einer Privatisierungsoffensive immer häufiger von der Markt- bzw. Kaufkraft ihrer „Kunden“ abhängig gemacht werden. In unserer „marktwirtschaftlich“ organisierten, kapitalistischen Gesellschaft, die unter dem Einfluss des Neoliberalismus steht, ist das Geld so wichtig wie noch nie und so ungleich verteilt wie noch nie. Daher entscheidet nicht zuletzt das Portemonnaie über die Bildungschancen der Menschen. Ob ein Kind nach dem Schulunterricht auf den Bolzplatz oder in die Ballettschule geht, hängt keineswegs bloß von seinem Geschlecht, sondern vielleicht noch stärker vom Einkommen und vom sozialen Status seiner Eltern ab. Kinder reicher Eltern sind eindeutig im Vorteil, weshalb man in Abwandlung eines deutschen Sprichwortes sagen kann: Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg, sei es zum Abitur, zum Studium und/oder zur beruflichen Karriere.

Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben in Deutschland erheblich schlechtere Bildungschancen als der Nachwuchs finanziell Bessergestellter. Obwohl sie zu den größten Bildungsverlierer(inne)n gehören, basiert ihre Armut jedoch selten auf falschen oder fehlenden Schulabschlüssen, denn die Letzteren sind höchstens Auslöser und Verstärker, aber nicht Verursacher materieller Not. Bildungsdefizite führen allerdings oft zu einer Verfesti-

gung der Armut, weil die Chancen eines Menschen auf dem Arbeitsmarkt und Berufskarrieren in unserer Gesellschaft immer stärker an Kompetenzen gebunden sind, die man hauptsächlich an (Hoch-)Schulen erwirbt.

In der „postmodernen“ Wissensgesellschaft ist Bildung gleich in doppelter Hinsicht zu einer Ideologie geworden, die Strukturen der materiellen Ungleichheit legitimiert, wie sie für Klassengesellschaften typisch sind: Einerseits heißt es allenthalben, dass Bildungsanstrengungen jedermann einen sozialen Aufstieg ermöglichen, was durch so populäre Begriffe wie „Chancengleichheit“ oder „Chancengerechtigkeit“ unterstrichen wird. Andererseits suggeriert man damit, dass Armut und soziale Ungleichheit auf Bildungsdefiziten beruhen, in einem Land mit allgemeiner Schulpflicht also ein individuelles und kein strukturelles Problem der Gesellschaft darstellen.

Armut, d.h. in einer wohlhabenden, wenn nicht reichen Gesellschaft wie der unseren primär: ein Mangel an Geld, Einkommen und Vermögen, zieht neben finanziellen Schwierigkeiten bis hin zur Überschuldung fast zwangsläufig Unterversorgung in beinahe allen Lebensbereichen nach sich, etwa im Wohnen und Wohnumfeld, im Gesundheitsbereich, im Kultur- und Freizeitbereich sowie auch und gerade im Bildungsbereich. Besonders die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass sich materielle Ungleichheit, also eine Schieflage der Einkommens- und Vermögensverhältnisse, unmittelbar in gesundheitlicher, Wohn- und Bildungsungleichheit niederschlägt.

Wie nicht zuletzt die PISA-Schulleistungsstudien der OECD belegt haben, hängen die Bildungschancen eines Kindes hierzulande stärker als in den meisten anderen Staaten von seiner sozialen Herkunft ab. Umgekehrt wird Armut meistens auf die „Bildungsferne“ oder die Bildungsbenachteiligung der von ihr Betroffenen zurückgeführt. Hierzu beigetragen haben mag der missverständliche Begriff „Bildungsarmut“, den die Berliner Soziologin Jutta Allmendinger kurz vor der Jahrtausendwende in die Fachdebatte einführte. Wird so getan, als führten in erster Linie oder gar ausschließlich mangelnde Bildungsanstrengungen zu materieller Armut, fällt ausgerechnet den Betroffenen im Sinne eines individuellen Versagens (der Eltern) die Verantwortung dafür zu, während ihre gesellschaftlich bedingten Handlungsrestriktionen und die politischen Strukturzusammenhänge aus dem Blick geraten. Bildungsbeteiligung für die einen und Bildungsbenachteiligung für die anderen Kinder ergeben sich jedoch aus den sozioökonomischen Verhältnissen.

Was ist zu tun?

Durch eine Blickverengung auf (gescheiterte) Bildungsbiografien sozial Benachteiligter und Abgehängter wird von den eigentlichen Wurzeln der Kluft zwischen Arm und Reich abgelenkt sowie einer Pädagogisierung, Subjektivierung bzw. Psychologisierung dieses Kardinalproblems der Gesellschaftsentwicklung bewusst oder ungewollt Vorschub geleistet. Durch eine Überschätzung der (immer noch wenigen) Bildungsaufstiege wird verkannt, dass sich im Schulwesen und im Hochschulsektor die Ungleichheiten der Gesellschaft reproduzieren. Hieraus folgt allerdings nicht, dass es keine Handlungsspielräume für bildungs- und hochschulpolitische Akteure gibt, Partei für sozial Benachteiligte zu ergreifen, das Ziel der Emanzipation zu verfolgen und nach mehr Gerechtigkeit zu streben.

Es gibt viele Wahlprogramme, Politikerreden und Diskussionspapiere der etablierten Parteien, von öffentlichen Verlautbarungen der Unternehmerverbände ganz zu schweigen, die sozial Deklassierten den „Aufstieg durch Bildung“ verheißen und in Letzterer den Schlüssel für beruflichen Erfolg, privaten Wohlstand und (volks)wirtschaftliches Wachstum sehen. Unbestritten ist, dass man aufgrund der erfolgreichen Bewältigung von (Aus-)Bildungsprozessen unter günstigen Umständen einer prekären Lebenslage entkommen und beruflich Karriere machen kann. Solche individuellen Bildungsaufstiege bieten allerdings keine gesamtgesellschaftliche Lösung für das Problem der sozioökonomischen Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung größerer Bevölkerungsgruppen.

Seit der globalen Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 ist die Hoffnung, durch eigene Bildungsanstrengungen sozial aufzusteigen und sich fest in der Mittelschicht zu etablieren, der Angst vieler Mittelschichtangehöriger gewichen, trotz guter beruflicher Qualifikation und harter Arbeit sozial abzustiegen. Zum meritokratischen Mythos gehört der Irrglaube, man könne durch individuelle Bildungsanstrengungen die sozialstrukturellen Barrieren einer Klassengesellschaft durchbrechen. Weil die (Schul-)Bildung in der neoliberalen Standortlogik bloß noch als Erzeugung von Humankapital gilt, dessen Existenz über die Konkurrenzfähigkeit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes auf den Weltmärkten entscheidet, ignoriert man geflissentlich strukturelle Barrieren, die Klassenschranken für Arbeiterkinder und den Nachwuchs aus Familien mit Migrationshintergrund gleichen.

Folglich drängt sich die Frage auf, wem die Illusion einer Bildungsmeritokratie nützt und welchen Bevölkerungsgruppen damit Sand in die Augen gestreut werden soll. Es handelt sich um eine reine Aufsteigerideologie: Arme werden angehalten, ihre (Bildungs-)Karriere durch Selbstoptimierung eigenständig und eigenverantwortlich zu organisieren, statt auf kollektive Lösungen im Rahmen einer Umverteilung des vorhandenen Reichtums von Oben nach Unten zu setzen. Nicht die Wirtschaftsstrukturen, Eigentumsverhältnisse und Verteilungsmechanismen der Gesellschaft müssten demnach angetastet, sondern nur das Verhalten der einzelnen Individuen angepasst werden.

Armut verhindert häufig, dass Menschen eine gute Bildung erhalten, aber Bildung allein verhindert keine Armut. Selbst ein Hochschulabschluss schützt längst nicht mehr vor Armut. Das beweist die Existenz erwerbsloser, prekär beschäftigter und mittelloser Wissenschaftler/innen zur Genüge. Man kann geistreich und bettelarm, aber auch strohduhm und steinreich sein. So wichtig eine gute Bildung für alle ist: Sie bietet keinen umfassenden Schutz vor sozialem Abstieg noch garantiert sie den sozialen Aufstieg im gesamtgesellschaftlichen Maßstab. Als sozialer Gleichmacher ebenso wie als Mittel gegen die Armut ist Bildung nur begrenzt geeignet. Dies gilt für Deutschland mit seinem dreigliedrigen Sekundarschulsystem noch mehr als für andere entwickelte Industriestaaten.

Wären alle Kinder und Jugendlichen, nicht bloß die mit einem Migrationshintergrund, besser gebildet, was ihnen sehr zu wünschen ist, würden sie womöglich nur auf einem höheren Bildungsniveau um die immer noch zu wenigen Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze konkurrieren. Es gäbe zwar am Ende mehr Taxifahrer mit Hochschulabschluss und mehr Putzhilfen mit Abitur, aber weiterhin Armut und soziale Ungleichheit.

Durch die Fixierung auf Bildung wird von der Notwendigkeit abgelenkt, Maßnahmen der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen zu ergreifen. Mittels steuer- und sozialpolitischer Maßnahmen kann der Staat für eine Umverteilung des privaten Reichtums von Oben nach Unten sorgen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob durch eine grundlegende Veränderung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems eine weitere Reproduktion der sozioökonomischen Ungleichheit unterbunden werden kann.

Ohne eine Verbesserung der Bildungseinrichtungen und der Bildungschancen für alle (Wohn-)Bürger/innen bzw. ihre Kinder ist die sich vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich nicht zu schließen, also die sozioökonomische Ungleichheit nicht erfolgreich zu bekämpfen. Aber *nur* mittels eines Ausbaus im Bildungsbereich lässt sich das Problem ebenso wenig lösen. Vielmehr bedarf es darüber hinaus neben einer Vielzahl anderer Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen, Bildungs- und Beteiligungsinfrastruktur einerseits sowie zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen andererseits. Schließlich kann die Pädagogik weder eine gerechte Steuerpolitik noch eine die Armut konsequent bekämpfende Sozialpolitik ersetzen.

Literatur

Butterwegge, Carolin/Butterwegge, Christoph (2021): Kinder der Ungleichheit. Wie sich die Gesellschaft ihrer Zukunft beraubt, Frankfurt am Main/New York: Campus

Butterwegge, Christoph (2020): Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland, 2. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Juventa

Butterwegge, Christoph (2021): Armut, 5. Aufl. Köln: PapyRossa

Butterwegge, Christoph (2021): Ungleichheit in der Klassengesellschaft, 2. Aufl. Köln: PapyRossa

Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2017): Kritik des Neoliberalismus, 3. Aufl. Wiesbaden: Springer VS

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt. Zuletzt ist sein Buch „Die polarisierende Pandemie. Deutschland nach Corona“ erschienen.

Das Projekt „Chancen.Bildung“ der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung:

Die Evangelischen Akademien Bad Boll, Berlin, Hofgeismar, Frankfurt und Sachsen wollen eine breite und konstruktive öffentliche Debatte über ungleiche Bildungschancen und über Schritte zu einer gerechteren Bildung in Deutschland anregen.

Der Fachtag zog ein Resümee aus der Auseinandersetzung mit den bisher gesammelten wissenschaftlichen Erkenntnissen (Expert*inneninterviews) und aus vorangegangenen regionalen Veranstaltungen zum Thema Bildungsgerechtigkeit.

Zu Gast waren: der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Christoph Butterwegge, die Autorin und Lehrerin Lisa Graf, Alix Puhl vom Vorstand der Puhl Foundation und Dr. Ekkehard Thümler, Senior Fellow am Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen (CSI). Ausgehend von ihren Impulsen und den Expert*innen-Interviews, die im Vorfeld der Veranstaltung durchgeführt wurden, diskutierten die Teilnehmenden Lösungsvorschläge mit bildungspolitischen Entscheidungsträger*innen.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung statt und wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Mehr Informationen zum Projekt „Chancen.Bildung“ finden Sie unter:

www.politische-jugendbildung-et.de/projekt/chancen-bildung/



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend